

A. ea) Dokumentationen, Projekte, Diskussionen

01) Was wussten die Deutschen?

Von Prof. Dr. Alfred de Zayas

15. 04. 2021



Detail-Justitia_von_Nordwesten-20110411.
jpg Attribut: Bildautor Roland Meinecke

https://commons.wikimedia.org/wiki/Commons:GNU_Free_Documentation_License,_version_1.2

76 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und 74 Jahre nach Verkündung des Nürnberger Urteils bleibt der Holocaust ein kaum zu begreifendes Megaverbrechen, einzigartig im Nihilismus, in der missionsartigen Durchführung, in den Mechanismen der Tarnung und Geheimhaltung, schließlich in seiner Bedeutung für die deutsche Identität und seinen Implikationen über das deutsche Problem hinaus.

Eine Anzahl Studien ist darüber veröffentlicht worden, jedoch erweisen sie sich in mancherlei Hinsicht als unbefriedigend, da wichtige Fragen nicht gestellt, ungenügend untersucht oder anachronistisch interpretiert werden. Besonders umstritten ist die Frage des „Wissens“ bei den Beamten, Soldaten, bei der Bevölkerung. War der Holocaust ein „offenes Geheimnis“, wie manche Historiker postulieren?

Alle Erwachsenen, die 1933–1945 im Reich lebten, wussten, dass das Regime eine virulente antijüdische Haltung vertrat, die im Gefolge der „Machtergreifung“ offen und gewaltsam hervortrat. Die Nürnberger Gesetze von 1935 waren bekannt; viele wurden

Zeugen der Reichskristallnacht vom 09. November 1938. Viele hörten die drohende Rede Hitlers vom 30. Januar 1939. Muss der Historiker daraus folgern, dass der Durchschnittsdeutsche auch über die „Endlösung“ Bescheid wusste, oder dass er damit einverstanden war? Beinhaltet das Wissen, dass das Regime antijüdisch gesinnt war, auch notwendigerweise das Wissen von den Ungeheuerlichkeiten, die sich in den Jahren 1941–45 vor allem in Territorien außerhalb des Reichs ereignet haben? Im Laufe des Krieges hat eine Anzahl Deutscher zweifellos von Mosaiksteinen des Horrors erfahren. Aber die gelegentliche Beobachtung, dass jüdische Mitbürger einen gelben Stern trugen oder dass während des Krieges jüdische Mitbürger abgeholt wurden, ist etwas wesentlich anderes als das Wissen, dass ein Plan vorlag, diese Menschen zu ermorden. Man muss sich in die Zeit versetzen. Das Leben im Reich – unter ständigen Bombardierungen aus der Luft und durch andere Gefahren und Denunziantentum erschwert – war mit schweren Sorgen belastet. Jede Familie hatte Angehörige an der Front. Wie hoch war die Bereitschaft, auf Indizien zu reagieren? War eine psychologische Fähigkeit, diese Indizien zu erkennen, überhaupt vorhanden?

Zur Verdeutlichung des Problems: In Amerika wurden etwa 120.000 Nachbarn japanischer Herkunft und etwa 30.000 Menschen deutscher und italienischer Abstammung von ihren Häusern abgeholt und in diverse Lager in Amerika abtransportiert, wo sie viele Internierungsjahre verbrachten. Es war unmenschlich, sogar gesetzwidrig, aber kein Amerikaner, der mitangesehen hat, dass sein Nachbar abgeholt wurde, kein Amerikaner, der die Züge oder Busse gesehen hat, hat jemals gedacht, dass diese Menschen ermordet werden könnten. Man müsste schon paranoid oder verrückt sein, um zu vermuten, dass der Abtransport von Menschen in Lager mit Völkermord gleichzusetzen sei. Jeder in Amerika hat gedacht, dass die Japaner und Deutsche aus Gründen der nationalen Sicherheit irgendwohin gebracht werden sollten. Nun waren die Vereinigten Staaten in den 40er Jahren eine verhältnismäßig offene Demokratie, wo man hätte protestieren können, jedoch haben nur wenige Amerikaner jemals nach dem Wohlergehen der Deportierten gefragt. Keiner macht die amerikanische Bevölkerung für dieses Versäumnis oder für den mangelnden Widerstand verantwortlich. Zum Vergleich war Deutschland keine Demokratie, sondern eine totalitäre Diktatur, wo Kritik, insbesondere alles, was als „Wehrkraftzersetzung“ galt, mit Gefängnis, Zuchthaus oder KZ, ja mit dem Tod bestraft wurde, so wie in allen Zwangsregimes, wo die Bevölkerung eingeschüchtert ist, und nur wenige es wagen nachzufragen.

Einige Deutsche, die Kenntnis über den Holocaust erlangten, befanden sich bereits in Opposition oder gingen gerade deshalb in den Widerstand. Ein wichtiges Zeugnis des „Wissens“ stammt von Helmuth James Graf von Moltke, der im Amt Ausland/Abwehr bei Admiral Canaris arbeitete. Auch wenn man vermuten könnte, dass Moltke wegen seiner dienstlichen Position sehr viel mehr hätte wissen müssen, scheint auch er nur Bruchteile des Horrors erfahren zu haben. In einem Brief an seinen Freund, Professor Lionel Curtis von All Souls College, Oxford, datiert vom 25. März 1943 – also zu einem Zeitpunkt, in dem die Massenmorde in den Vernichtungslagern schon etwa ein Jahr in Gang waren, bringt Moltke sein Entsetzen über die Morde zum Ausdruck:

„Selbst in Deutschland wissen die Menschen nicht, was vor sich geht. Ich glaube, dass mindestens neun Zehntel der Bevölkerung nicht weiß, dass wir Hunderttausende von Juden ermordet haben. Sie glauben immer noch, dass die Juden abgesondert irgendwo ein Leben führen, genauso wie früher auch, nur etwas weiter im Osten ... vielleicht etwas ärmlicher, aber ohne Luftangriffe. Wenn Sie diesen Menschen sagen würden, was wirklich geschehen ist, würden sie antworten: Sie sind halt ein Opfer der britischen Propaganda: Erinnern Sie sich doch nur einmal, welche lächerliche Dinge [gemeint sind ‚abgehackte Kinderhände‘] die Briten über unser Vorgehen in Belgien 1914 bis 1918 abgesondert haben.“

Weiter berichtet Moltke im Brief:

„Wir haben vom Bau eines großen Konzentrationslagers in Oberschlesien gehört, welches für 40–50000 Personen angelegt ist, von denen monatlich 3–4000 getötet werden sollen. Aber selbst ich bekomme alle diese Informationen nur in recht vager, undeutlicher und ungenauer Form, obwohl ich mich ja bemühe, so etwas herauszufinden.“

Bereits in den 70er Jahren begann ich, in der Zentralstelle der Landesjustizverwaltungen in Ludwigsburg und im Bundesarchiv nach Indizien und Beweise zu suchen. Ich befragte Zeitzeugen, u.a. Holocaust Überlebende, Widerstandskämpfer, aber auch Wehrmachtssoldaten, Diplomaten, und Beamte. Sehr aufschlussreich war etwa ein Interview mit Botschafter a.D. Dr. Werner von Hentig, der Kenntnis von Judenerschießungen der SS in Nikolajew erhalten hatte. 1975–79 leitete ich ein DFG-Projekt am Institut für Völkerrecht der Universität Göttingen mit der Aufgabe, 226 Aktenbände der Wehrmacht Untersuchungsstelle für Verletzungen des Völkerrechts (eine Behörde in der Wehrmachtrechtsabteilung) auszuwerten. Zwei Arbeitstagungen in Göttingen und Köln wurden in 1977 und 1978 gehalten, in denen auch das Wissen, Wissen-können, und Wissen-wollen der „Endlösung“ erörtert wurde, mit dem Ergebnis, das man generell erkannte, dass die Geheimhaltung weitgehend erfolgreich gewesen war, auch wenn es zugegebenermaßen Gerüchte, Feldpostbriefe, und Auslandssender gab.

Nürnberger, Auschwitz und Treblinka Prozesse

Was belegen die Nürnberger Akten über das „Wissen“ bei den Beamten, Soldaten, der Bevölkerung, den Opfern? Man erfährt, dass die „Endlösung“ geheime Reichssache war. Wie erfolgreich war die Geheimhaltung? Es gab aber immerhin Gerüchte, Feldpostbriefe, ausländische Radiosendungen. Wie viele Menschen haben gewusst und was haben sie getan, bzw. tun können? In den NS-Prozessen bemühte sich die Anklage, festzustellen, wer, was, wann und wieviel wusste. Tausende SS- und Wehrmacht-Dokumente, Akten des Innenministeriums, Auswärtigen Amtes wurden dem Gericht vorgelegt. Die Akten enthalten auch die Antworten von Zeitzeugen, belasteten und unbelasteten. Ihre Zeugnisse wurden von der Anklage und Verteidigung hinterfragt. Das Gericht versuchte, den Kreis der Wissenden zu beweisen, jedoch wurde dies nur bei wenigen in den Urteilen festgehalten. Die Ergebnisse meiner eigenen Forschung decken sich mit dem Votum des amerikanischen Richters Leon Powers im XI. Nachfolgeprozess (Wilhelmstrassen-Prozess):

„Das Beweismaterial hat gezeigt, dass das Ausrottungsprogramm unter strengster Geheimhaltung gehandhabt wurde. Hitler wies Himmler mündlich an und befahl ihm, die Aktion anlaufen zu lassen. Himmler suchte sich die Leute sorgfältig aus, die mit ihm arbeiten und die Ausrottungen durchführen sollten und verpflichtete sie zur Geheimhaltung; abgelegene Orte wurden ausgesucht und wurden dadurch getarnt, dass man sie mit nahegelegenen Arbeitslagern identifizierte, und der Plan wurde mit dem bestimmten Zweck und Vorsatz durchgeführt, vor dem deutschen Volk und allen, die nichts mit dem Unternehmen zu tun hatten, die Vorgänge zu verbergen.“

Einige Historiker behaupten trotzdem, dass man „hätte wissen müssen“.

Es lohnt sich, dazu einige Nürnberg-Dokumente in Erinnerung zu bringen, so die Posener Rede Heinrich Himmlers vom 04. Oktober 1943 an SS-Eingeweihten. Er sprach über das, was er als „Judenevakuierung“ bezeichnete:

„Unter uns soll es einmal ganz offen ausgesprochen sein, und trotzdem werden wir in der Öffentlichkeit nie darüber reden.... Es gehört zu den Dingen, die man leicht ausspricht –

„das jüdische Volk wird ausgerottet‘ ... Und dann kommen sie alle an, die braven 80 Millionen Deutschen, und jeder hat seinen anständigen Juden... Von allen, die so reden, hat keiner zugesehen, keiner hat es durchgestanden. Von Euch werden die meisten wissen, was es heißt, wenn 100 Leichen beisammen liegen, wenn 500 daliegen oder wenn 1000 daliegen. Dies durchgehalten zu haben, und dabei – abgesehen von Ausnahmen menschlicher Schwächen – anständig geblieben zu sein, das hat uns hart gemacht. Dies ist ein niemals geschriebenes und niemals zu schreibendem Ruhmesblatte unserer Geschichte...“

So makaber wie abstrus in Denkweise und Diktion hat die Rede allerdings weitreichende Implikationen. Es geht daraus hervor, dass Himmler wusste, dass der Durchschnittsdeutsche „seinen anständigen Juden“ hatte. Deshalb auch die Notwendigkeit der Geheimhaltung. Keiner sollte von den Morden erfahren, nur diejenigen, die unmittelbar mit der Vernichtung zu tun hatten. Derjenige der etwas wusste, durfte nichts davon weitererzählen. Derjenige, der durch Zufall etwas erfuhr, durfte nicht weiter fragen, denn Führerbefehl Nr. 1 vom 11. Januar 1940 stipulierte:

- „a) Niemand soll Kenntnis haben von geheimen Dingen, die nicht in seinen eigenen Aufgabenbereich gehören.*
- b) Niemand soll mehr erfahren, als er zur Erfüllung der ihm gestellten Aufgabe wissen muss.*
- c) Niemand soll früher Kenntnis erhalten, als es für die ihm gestellten Obliegenheiten notwendig ist.*
- d) Niemand darf mehr oder früher geheim zuhaltende Aufträge an nachgeordnete Stellen weitergeben, als dies zur Erreichung des Zwecks unvermeidlich ist.“*

Aus der Posener Rede geht hervor, dass Himmler nicht einmal seiner SS traute. Im zweiten Treblinka Prozess 1965 erfuhr das Gericht, dass, im Jahre 1943, als sich etwa zweihundert SS-Leute zur Front melden wollten, weil sie die seelische Belastung der Judenmorde nicht mehr aushielten – es war sogar zu vielen Selbstmorden gekommen – Himmler dies wegen der Geheimhaltung ablehnte:

„Ich kann es nicht zulassen, dass der Kreis der wenigen SS-Führer, die in diese Aufgabe hineingezogen sind und die deshalb auch diese Dinge völlig für sich allein tragen müssen, durch dauernde Frontversetzungen und Veränderungen erweitert und verändert wird. Die Geheimhaltung ist in diesem Fall das Entscheidende... Wir können heute diesen Schritt selbst dem Führerkorps der SS noch nicht geschichtlich begründen. Sie würden manches nicht verstehen und nur die Tatsachen an sich werten. Erst ein weiter Abstand zu diesen Dingen, vielleicht erst nach Jahrzehnten, vielleicht erst nach einer Zeit der schärfsten Diffamierung dieser Tat wird den Standpunkt gewinnen, der für die Notwendigkeit dieser Aufgabe allein richtig ist.“

Die Nürnberger Akten belegen den konsequenten Versuch der NS-Regierung, die Wahrheit gegenüber den Juden, den Deutschen und der Weltöffentlichkeit zu verbergen. Die Angeklagten behaupteten, über den Holocaust „nichts gewusst“ zu haben. War dies nur eine Zweckbehauptung? Haben alle gelogen, oder nur einige? Kann man die Behauptung mit Beweisen entgegentreten? Unter den Hauptangeklagten in Nürnberg erklärte Großadmiral Karl Dönitz, über die KZs und Internierungslager aber nichts über die Vernichtungslager gewusst zu haben:

„Ich habe, und mit mir die ganze Kriegsmarine, das ist meine Überzeugung, von der Menschenvernichtung, die mir hier durch die Anklageschrift, beziehungsweise was die Konzentrationslager anbelangt, nach der Kapitulation im Mai 1945 bekanntgeworden ist, nichts gewusst.“

Vielleicht erscheint die Haltung von Dönitz für den Leser im Jahre 2011 erstaunlich oder unglaublich. Aber was ist unwahrscheinlicher als die Tatsache, dass die deutsche Gestapo in Lublin es war, die im Jahre 1943 die Morde in Lublin-Majdanek entdeckte und um Aufklärung der Morde ersuchte? Dann ermittelte ein mit der Untersuchung von Korruptionsfällen beauftragter SS-Richter, Dr. Georg Konrad Morgen. Er leitete Verfahren gegen SS-Führer u.a. Untersturmführer Maximilian Grabner, Sturmbannführer Rudolf Höss und Obersturmbannführer Adolf Eichmann ein. Wie erklärt sich diese Schizophrenie?

Am 07. und 08. August 1946 sagte Morgen vor den Nürnberger Richtern aus:

„Ich berichtete als erstem meinem unmittelbaren Vorgesetzten, dem SS-Gruppenführer Nebe, als Chef des RKPA. Nebe war ein außerordentlich schweigsamer Mann, aber man sah, wie ihm bei meinem Bericht buchstäblich die Haare zu Berge standen. Sein Schweigen wurde steinern. Er sagte, ich müsse sofort diese Sache Kaltenbrunner vortragen. Der Chef des Hauptamtes SS-Gericht, Obergruppenführer Breithaupt, war ebenfalls in außerordentlicher Erregung, und sagte, er werde sofort oder alsbald zu Himmler fahren...“

Auf die Frage von Dr. Pelckmann (Verteidiger für die SS), „Haben Sie diese Dinge noch anderen Kreisen der SS mitgeteilt?“, antwortete Morgen: „Nein, mir kam es darauf an, die Leute zu unterrichten und für meine Auffassung zu gewinnen, die wirklich etwas zu sagen hatten...Außerdem war ich durch den Grundbefehl Nummer 1 über Geheimhaltung staatswichtiger Sachen gebunden, konnte mich also nur an die Hauptamtschefs persönlich wenden. Jeder Fehler, der mir unterlaufen wäre bei Einbeziehung anderer Stellen, hätte schwerste Folgen gegen mich gehabt, einen Vorwand meinen Feinden gegeben und damit die Untersuchungen in die Länge gezogen... außer dem Hauptamtschef der SS wurde sonst niemand unterrichtet.“

Auf die Frage Pelckmanns: „Haben Sie es nicht für Ihre Pflicht gehalten, die Weltöffentlichkeit zu benachrichtigen oder irgendwie Ihrem Gewissen Luft zu machen, zu schreien ‚Mord‘?“ antwortete Morgen: „Dazu hätte es des Zuganges zu den technischen Mitteln bedurft, nämlich Presse und Rundfunk, die ich nicht hatte. Wenn ich das an jeder Straßenecke bekanntgegeben hätte, dann hätte mir das niemand geglaubt, weil dieses System die menschliche Fassungskraft übersteigt. Man hätte mich als Irrsinnigen eingesperrt.“

In einem Affidavit vom 13. Juli 1946 stellte Morgen fest: „Aus persönlichem Vortrag habe ich später ersehen, dass von den geschilderten Vorgängen selbst Hauptamtschefs der SS keine Ahnung hatten. Wie der Chef des Hauptamtes SS-Gericht, SS-Obergruppenführer Breithaupt, und mein letzter Gerichtsherr nach meiner Versetzung, der Chef des Rasse- und Siedlungshauptamtes, SS-Obergruppenführer Hildebrandt. Erst recht konnten wegen der unheimlichen Technik andere SS-Angehörige geringeren Dienstgrades, die örtlichen Stapostellen und erst gar nicht die Truppe und die Bevölkerung [davon] erfahren.“

Morgen wurde auch Zeuge im Pohl Prozess (Fall IV) und im Frankfurter Auschwitz-Prozess. Am 09. März 1964 beschrieb er die Tarnpraktiken und den Versuch, selbst die jüdischen Opfer zu täuschen: „Die Rampe sah aus wie jede andere Rampe auf einem Güterbahnhof auch. Es war nichts Besonderes daran festzustellen...Die Ankömmlinge mussten aussteigen und ihr Gepäck absetzen. Männer und Frauen mussten sich getrennt aufstellen...Rabbiner und sonstige bedeutende jüdische Persönlichkeiten wurden sofort ausgesondert, ins Lager gebracht, in eine Baracke, die sie für sich hatten. Ich habe sie später gesehen, es stimmte. Gut gehalten, sie brauchten nicht zu arbeiten, es wurde erwartet, dass sie möglichst viele Briefe und Postkartengrüße in alle Welt von Auschwitz

schickten, um damit von vornherein jeden Verdacht, dass hier irgend so etwas Gräuliches vor sich gehe, zu zerstreuen.“

Hat Morgen in Nürnberg und Frankfurt einfach nur gelogen? Nach dem Krieg wurde Morgen entnazifiziert und als „Entlasteter“ eingestuft; er arbeitete als Rechtsanwalt in Frankfurt a.M. bis zu seinem Tode im Jahre 1982. Seine Aussagen wurden durch die verschiedenen Anklagebehörden nicht widerlegt, und die Versuche mancher Autoren, u.a. von Holocaust-Leugnern, seine Glaubwürdigkeit zu erschüttern, sind fragwürdig. Solange eindeutige Belege fehlen, muss sich jeder Historiker, der sich mit dem Holocaust beschäftigt, – durchaus in kritischer Distanz – mit der Tätigkeit Morgens auseinandersetzen.

Die Geheimhaltung im NS-Staat galt für alle: für die SS, für die Wehrmacht und auch für höhere Regierungsfunktionäre, z.B. den Leiter des Nachrichtenwesens in der Presseabteilung des Reichspropagandaministeriums Hans Fritzsche, der im Nürnberger Prozess angeklagt, jedoch in allen Anklagepunkten freigesprochen wurde. Am 28. Juni 1946 erklärte er: „Ich bin als ein Journalist, der in jener Zeit gearbeitet hat, der festen Überzeugung, das deutsche Volk kannte den Massenmord an den Juden nicht; was auch immer an Behauptungen aufgestellt wurde, das waren Gerüchte, und was an Nachrichten in das deutsche Volk hineindrang von außen, das wurde amtlich immer und immer wieder dementiert... an einen Fall erinnere ich mich mit besonderer Deutlichkeit. Es war der Augenblick, als von russischer Seite nach der Wiedereroberung von Charkow dort ein Prozess veranstaltet wurde, in dem zum ersten Mal gesprochen wurde von Tötung mit Gas. Ich lief mit diesen Berichten zu Dr. Goebbels und fragte ihn, wie es damit stünde. Er erklärte, er wolle die Sache untersuchen, er wolle sie mit Himmler besprechen und mit Hitler. Am nächsten Tage kündigte er mir ein Dementi an.... Ganz ausdrücklich aber ist mir von Dr. Goebbels erklärt worden: Die Gaswagen, die in dem russischen Prozess erwähnt worden wären, wären ein reines Produkt der Phantasie, es gäbe keine tatsächliche Unterlage dafür. Nicht umsonst wurden die an der Durchführung des Mordes Beteiligten unter den Befehl des strengsten Stillschweigens gestellt. Hätte das deutsche Volk von dem Massenmord erfahren, es hätte Hitler sicher die Gefolgschaft versagt.“

In seinen Memoiren kommentiert Fritzsche die Nürnberger Aussagen Morgens wie folgt: Fast zum Schluss der Beweisaufnahme fanden sich zwei Zeugen, die zwar nicht das Rätsel des geheimen Massenmordes lösten, aber doch den Weg zeigten, auf dem es gelöst werden konnte. Es waren die SS-Richter Reinecke und Morgen... Unter atemloser Stille schilderte der Zeuge, wie er den Fäden nachging, die ihm in die Finger fielen. Er stieß auf ein Lager, in dem man den Mord nicht einzeln und nach sorgfältiger Listenfälschung, sondern serienweise und systematisch betrieb... Es war Birkenau bei Auschwitz... Eine oberflächliche Untersuchung schied Arbeitsfähige von ‚Unbrauchbaren‘. Die letzteren wurden...von Wachleuten in SS-Uniform empfangen und zum Lager geleitet. Glaubensgenossen begrüßten die Ankömmlinge und übernahmen ihre weitere Betreuung ... Freundlich sagte man den ‚Neuen‘, dass vor ihrer Einweisung in die Wohnräume ein gründliches Bad und eine korrekte Desinfektion aller Sachen notwendig sei. Ohne Widerspruch entkleideten sich die Ahnungslosen. Ordentlich hängten sie ihre Kleider in Kolonnen von Garderobenhaken ... Erst seit dem Tage, an dem Morgen auftrat, hatte ich das Gefühl, bei der Beteuerung meiner Unkenntnis vom Massenmord nicht gegen sämtliche Grundgesetze der menschlichen Logik zu verstoßen.“

Noch ein weiteres Zeugnis des Nicht-Wissens lieferte in Nürnberg schließlich ein Unbelasteter, der ehemalige sozialdemokratische Preußische Innenminister Carl Severing am 21. Mai 1946:

„Von diesen Massenmorden, die erst nach dem Zusammenbruch des Hitler-Regimes in Deutschland bekannt wurden, teils durch Presseveröffentlichungen, teils durch Prozessverhandlungen, habe ich nichts gewusst.“

Der amerikanische Gerichtspsychologe Gustave Gilbert hat alle Angeklagten und viele Zeugen ein ganzes Jahr beobachtet, studiert, befragt und hinterfragt. In seinem „Nürnberger Tagebuch“ hat er viele Angeklagten wie Göring, Frank, Rosenberg und Kaltenbrunner als unglaublich und zynisch bezeichnet. Die Beteuerungen Fritsches, Dönitz und Jodls, nichts über den Massenmord gewusst zu haben, hat Gilbert aber nach allem Anschein als glaubwürdig betrachtet.

Eine Reihe **neuere** Publikationen über die „Endlösung“ leidet an fundamentalen methodischen Fehlern. Das Hauptproblem liegt vielleicht in der Selektivität bei der Auswahl der Quellen bzw. im bewussten oder unbewussten Ausklammern von wichtigen Dokumenten, die auf andere Deutungsmöglichkeiten hinweisen, Quellenkritik ist oft mangelhaft, wenn nicht willkürlich. Ein weiteres Problem liegt darin, dass manche Autoren zu mutmaßlichen Ergebnissen durch Extrapolieren kommen. Gewiss gibt es Feldpostbriefe, die über Aspekte der Endlösung berichten, gewiss gibt es Gestapo-Stimmungsberichte, die zeigen, wie sich manche Gerüchte in der Bevölkerung verbreiteten, es gibt auch Abhörprotokolle von deutschen Kriegsgefangenen, die über Verbrechen berichten. Hier ist aber Vorsicht geboten, zur Vermeidung unzulässiger Verallgemeinerung. Wie zahlreich waren die Indizien, wie repräsentativ? Hundert Beispiele sind noch keine tausend. Gerade aus der geringen prozentuellen Anzahl könnte gefolgert werden, dass die Mehrheit der Bevölkerung eben nichts oder sehr wenig wusste. Außerdem belegen Gestapo-Stimmungsberichte und selbst die Goebbels Tagebücher, wie oft die deutsche Bevölkerung die anti-jüdische Maßnahmen missbilligte, z.B. die Reichskristallnacht und die Einführung des Judensternes.

Einige Historiker, so der kanadische Holocaust-Experte Michael Marrus, haben auf die Problematik hingewiesen, geschichtliche Vorgänge von der heutigen Perspektive, also anachronistisch zu bewerten. Marrus schreibt in seinem Buch *The Holocaust in History*: „Es besteht eine große Gefahr, dass der Historiker die Maßstäbe, Werte und Gesichtspunkte der Gegenwart auf die historischen Ereignisse anwendet, anstatt jene der Periode, die er untersucht... Diese Versuchung stellt die für Historiker spezifische Form von Hybris dar... Es besteht eine starke Tendenz in der Geschichtsschreibung bezüglich der Umstehenden des Holocausts, sie einfach zu verurteilen anstatt zu erklären, was geschah. Und obwohl Meinungen über das Maß des von Historikern auszuübenden Urteilens auseinandergehen, möchte ich vorschlagen, dass wir uns viel mehr bemühen sollten, das Verhalten und die Aktivität (oder Passivität) der Umstehenden zu verstehen, indem wir ernsthaft versuchen, uns in ihre geistige Lage und ihr Empfindungsvermögen zu versetzen... „

Unseriös und undifferenziert erscheinen die Darstellungen mancher Autoren wie Daniel Goldhagen, wonach die Deutschen „Hitlers willige Vollstrecker“ gewesen seien. Vertreter dieser Schule verurteilen pauschal und erklären nichts. Sie selektieren ihre Fakten und ignorieren, was ihnen nicht ins Konzept passt, so z.B. relevante Quellen von jüdischen Zeitzeugen, etwa die Tagebücher von Victor Klemperer, dessen Urteil über die Haltung der deutschen Bevölkerung differenzierter als das mancher Fachhistoriker erscheint. Als Opfer der Nazis verurteilte er die Verbrechen der *Täter* – aber war sorgsam, nicht das allgemeine Wissen über den Holocaust vorauszusetzen und nicht *alle* Deutschen vorweg zu verdammen. So schreibt er in seinem Tagebuch am 04. Oktober 1941:

„Fraglos empfindet das Volk die Judenverfolgung als Sünde“.

Ein weiteres Problem der Methodik liegt darin, sich lediglich auf Akten zu stützen und Zeitzeugen unberücksichtigt zu lassen. Die Maxime *quod non est in actis non est in mundo* überzeugt aber nicht, denn die Akten erzählen nur ein Teil der Geschichte. Außerdem kann man Akten durchaus falsch interpretieren, z.B. wenn sie unvollständig sind, oder wenn man den Kontext nicht in allen Verwicklungen und Nuancen versteht. Außerdem hinterlassen manche Ereignisse – z.B. Staatsgeheimnisse – oft keine Spuren. Auch wenn man die Erinnerungen von Zeitzeugen *cum grano salis* auslegen muss, liefert die alleinige Auswertung von Akten kein ausreichendes Bild einer Epoche. Wenn der Historiker vermutet, dass Zeitzeugen irren, dass die Nürnberger Aussagen und Plädoyers verlogen sind, dass die Verteidigung in NS-Prozessen nur auf Zweckbehauptungen basieren, so sollte er genau präzisieren, was nicht stimmt und warum. Skeptisch kann er bleiben; er soll die Aussagen im Zusammenhang und im Lichte anderer Dokumente testen. Aber er darf sie nicht einfach außer Acht lassen.

Bei der Frage nach dem „Wissen“ ist das ZEIT-Forum vom 3. März 1995 einschlägig. An der Disputation hat Altbundeskanzler Helmut Schmidt teilgenommen, der versicherte, dass er als Luftwaffenoffizier in verschiedenen Stäben „von der Vernichtung der Juden überhaupt nichts gewusst und gehört“ hatte. „Ich habe nach meiner Erinnerung nicht einmal Menschen mit einem gelben Stern gesehen.“ Auch die 2002 verstorbene Zeitherausgeberin Marion Gräfin Dönhoff beteuerte, während des Krieges auch nichts davon gewusst zu haben, obwohl sie „gute Verbindungen zu vielen Leuten hatte, die in Schlüsselstellungen standen. Die Notwendigkeit zur Geheimhaltung aber war unheimlich groß. Insofern habe ich ...den Namen Auschwitz zum ersten Mal nach dem Krieg gehört.“

Die jüngsten Versuche mancher Historiker, ein breites Wissen bei der Bevölkerung zu postulieren, überzeugen nicht. Jedoch besteht die Gefahr, dass je länger der Krieg zurückliegt, es umso leichter wird, Pauschalierungen und Karikaturen als geschichtliche Wahrheit zu präsentieren, denn die Zeitzeugen sind nicht mehr da, um zu widersprechen. Jedenfalls wird die „Bewältigung“ des Themas durch die sog. Kollektivschuldthese und durch die geistige Bequemlichkeit mancher Zeitgenossen erschwert. Eine umfassende wissenschaftliche Ausarbeitung gehört nicht allein in die Hände von Historikern, sondern auch von Juristen, Soziologen und Psychologen. Vor allem müssen die Mechanismen der Geheimhaltung auch bezüglich des Völkermords an den Armeniern und bei anderen Genoziden gründlicher untersucht werden. Eine sachgerechte Bewertung steht noch an den Anfängen. Der Zusammenhang zwischen Geheimhaltung und Negationismus soll auch weiter untersucht werden.

Zum Autor:

Professor Dr. iur. et phil. Alfred de Zayas ist Professor für Völkerrecht an der *Geneva School of Diplomacy* und war in hohen Funktionen für die Vereinten Nationen im Sekretariat für Menschenrechte tätig.

Alfred de Zayas ist Autor vieler Publikationen, wie auch des Buches *Völkermord als Staatsgeheimnis* erschienen im Olzog Verlag, München 2011 – : Sein Artikel „*Was wussten die Deutschen*“ stellt eine Zusammenfassung von Kernaussagen aus jener Publikation dar.



Alfred de Zayas
Völkermord als
Staatsgeheimnis

Vom Wissen über die
"Endlösung der
Judenfrage"
im Dritten Reich

Hardcover, 2011

208 Seiten

Format 17,0x24,0 cm

ISBN

978-3-95768-083-9

EURO 26,90 [D]

Buchbestellungen: [lau-verlag](http://lau-verlag.de):

https://www.lau-verlag.de/titel/v%C3%B6lkermord-als-staatsgeheimnis/#product_458739

Aus: Unser Mitteleuropa. Mit vereinten Kräften für ein Europa der Vaterländer

02) Eine NS-Altlast? Das Deutsche Institut für Normung (DIN) will die Norm DIN 5009 und damit die Buchstabiertafel reformieren

B wie Berta wird bald zu Bonn, Berlin oder Bielefeld

Baylin – A wie Anton. B wie Berta. Beim Rechtschreibtest eines Wortes sind diese Vornamen alltagsbekannt. Hilfestellung hat Berta. A wie Aachen, B wie Berta. Das Deutsche Institut für Normung (DIN) will die Norm DIN 5009 und damit die deutsche Buchstabiertafel reformieren. Hintergrund ist die Be-

Schwede von Baden-Württemberg Anton. Michael Blume. Dieser war dort auf ihn, dass die Nationalsozialisten 1934 u.a. jüdische Vornamen auf der seit 1926 gültigen Buchstabiertafel streichen. Zuerst wurde etwa zu Zeppelin, Samuel zu Immanuel. Zwar wurde in mehrere Stufen, soll aber fast

193. Weltkrieg u.a. zur Zeit nicht wieder. Doch nach heute. Jacob wurde nach dem Tod der Maria sogar zu Julius. Mit dem schillernden Nordpol statt Nordpol lebt sogar die kühle Nordreich-Mythologie der Nazis bis heute fort.

Dies soll nun geändert werden. Und die alte deut-

sche Vornamen sowieso als wenig divers gelten, sollen künftig deutsche Städtenamen auf der Buchstabiertafel stehen. K wie Köln oder Z wie Zwickau.

Im Herbst soll ein Entwurf stehen und in der Frühjahrssitzung diskutiert werden. Mitte 2022 wird die neue DIN-Norm 5009 verabschiedet.

	Weimarer Republik 1926	Deutsches Reich 1934	BRD 1948/1950
A	Albert	Anton	Anton
Ä	Änderung	Ärger	Ärger
B	Bernhard	Bruno	Berta
C	Cäsar	Cäsar	Cäsar
Ch	-	Charlotte	Charlotte
D	David	Dora	Dora
E	Emil	Emil	Emil
F	Friedrich	Fritz	Friedrich
G	Gustav	Gustav	Gustav
H	Heinrich	Helar	Heinrich
I	Ida	Ida	Ida
J	Jacob	Jot	Julius
K	Katharina	Kurfürst	Kaufmann
L	Ludwig	Ludwig	Ludwig
M	Marie	Marie	Martha
N	Nathan	Nordpol	Nordpol
O	Otto	Otto	Otto
Ö	Ökonom	Öse	Ökonom
P	Paula	Paula	Paula
Q	Quelle	Quelle	Quelle
R	Richard	Richard	Richard
S	Samuel	Siegfried	Samuel
Sch	-	Schule	Schule
B	-	-	Escritt
T	Theodor	Toni	Theodor
U	Ulrich	Ulrich	Ulrich
Ü	Oberfuß	Übel	Übermut
V	Viktor	Viktor	Viktor
W	Wilhelm	Wilhelm	Wilhelm
X	Xantippe	Xantippe	Xanthippe
Y	Ypsilon	Ypern	Ypsilon
Z	Zacharias	Zeppelin	Zacharias

	Weimarer Republik 1926	Deutsches Reich 1934	BRD 1948/1950
A	Albert	Anton	Anton
Ä	Änderung	Ärger	Ärger
B	Bernhard	Bruno	Berta
C	Cäsar	Cäsar	Cäsar
Ch	-	Charlotte	Charlotte
D	David	Dora	Dora
E	Emil	Emil	Emil
F	Friedrich	Fritz	Friedrich
G	Gustav	Gustav	Gustav
H	Heinrich	Helar	Heinrich
I	Ida	Ida	Ida
J	Jacob	Jot	Julius
K	Katharina	Kurfürst	Kaufmann
L	Ludwig	Ludwig	Ludwig
M	Marie	Marie	Martha
N	Nathan	Nordpol	Nordpol
O	Otto	Otto	Otto
Ö	Ökonom	Öse	Ökonom
P	Paula	Paula	Paula
Q	Quelle	Quelle	Quelle
R	Richard	Richard	Richard
S	Samuel	Siegfried	Samuel
Sch	-	Schule	Schule
B	-	-	Escritt
T	Theodor	Toni	Theodor
U	Ulrich	Ulrich	Ulrich
Ü	Oberfuß	Übel	Übermut
V	Viktor	Viktor	Viktor
W	Wilhelm	Wilhelm	Wilhelm
X	Xantippe	Xantippe	Xanthippe
Y	Ypsilon	Ypern	Ypsilon
Z	Zacharias	Zeppelin	Zacharias

Aus: B.Z. vom 21.04.2021, Seiten 14/15

03) Ist der Neoliberalismus am Ende?

10. 04. 2021



Der „Green Deal“ oder „Great Reset“ markiert offenbar das Ende einer Epoche und will eine neue Ära einläuten. Scheinbar hat der politische Mainstream erkannt, dass der Neoliberalismus mit seinen Konzepten am Ende ist. Der Gründer des [Weltwirtschaftsforums](#), [Klaus Schwab](#), kommentierte in einem im September 2020 erschienenen Interview:

„Landläufig wird unter Neoliberalismus ein unregelter, ungehemmter Kapitalismus verstanden. Und gerade die Länder, die diese Strategie am stärksten vorangetrieben haben – beispielsweise die USA und Großbritannien – werden von Corona mit am härtesten getroffen. Die Pandemie hat somit einmal mehr gezeigt: Der Neoliberalismus in dieser Form hat ausgedient!“

Dabei muss man sich als erstes fragen, wie denn der Neoliberalismus eigentlich definiert ist. Denn nur anhand einer schlüssigen Definition lassen sich solche Aussagen überhaupt treffen. Schlägt man in der Wikipedia nach (de.wikipedia.org/wiki/Neoliberalismus), so muss man erkennen, dass sich die Begriffsbedeutung im Laufe der Zeit verändert hat, bzw. unterschiedliche Akteure Unterschiedliches unter diesen Begriff verstanden haben. Zitat aus der Wikipedia:

„In den einzelnen Strömungen, die zum Neoliberalismus gezählt werden, gibt es unterschiedliche Auffassungen über Art und Umfang der staatlicher Eingriffe in die Wirtschaft. Die Abgrenzung der einzelnen Schulen und die Zuordnung einzelner Personen ist strittig.“

Gemeinsame Basis aller verschiedener Strömungen, die sich als „neoliberal“ verstehen, ist der „Freie Markt“. Negativ konnotiert sind jene Strömungen, die unter Neoliberalismus hauptsächlich die Privatisierung von Staatsbetrieben, die Deregulierung des internationalen Kapitalverkehrs und die Fokussierung auf das Shareholder-Value-Paradigma verstehen. Die beiden letzten Punkte waren hauptverantwortlich für die weltweite Finanzkrise 2008, auf die die Notenbanken bisher nur durch ständiges Fortwursteln mit immer größeren Geldspritzen reagiert haben. Dies hat zwar in den letzten 12 Jahren zu einer Scheinblüte der Aktienmärkte geführt, jedoch muss befürchtet werden, dass diese Entwicklung bereits eine Art Katastrophenhausse (siehe de.wikipedia.org/wiki/Katastrophenhausse) ist. Die „Wertentwicklung“ auf den Aktienmärkten ist völlig losgelöst von der realen wirtschaftlichen Entwicklung, was sich vor allem während der Corona-Pandemie wieder gezeigt hat. Dem politischen Mainstream ist offenbar klar, dass diese Blase jederzeit platzen könnte, mit katastrophalen Folgen für seine Akteure.

Der Ausweg soll jetzt der „Green Deal“ sein, durch den die Geldschwemme der Notenbanken nicht direkt in die Kapitalmärkte fließen, sondern über die Sinnlosinvestitionen des „Green Deals“ den Weg über die Realwirtschaft nehmen soll.

Durch diese Zombifizierung der Realwirtschaft (siehe dazu www.welt.de/finanzen/article209783731/Zombifizierung-Die-Grenzen-des-Kapitalismus.html) wird die Wirtschaft nur scheinbar angekurbelt und Arbeitsplätze gesichert, da die Energiekosten in der Relation zu allen anderen Kosten mindestens um eine Zehnerpotenz steigen werden. Der Wohlstand nach dem Krieg in Europa war jedoch nur durch niedrige Energiekosten möglich. Tatsächlich würde der „Green Deal“ in Hinblick auf die Energiekosten, einen Rückfall in das neunzehnte Jahrhundert bedeuten.

Dieser Unsinn lässt sich deshalb nur durch eine kriegsmäßige Zwangswirtschaft erreichen, (siehe UNSER MITTELEUROPA IM Artikel [,Von der Finanzkrise zum Aktionärssozialismus und Faschismus‘](#)) erklärte (siehe), die im sozialistischen Mäntelchen über den autoritären Korporatismus direkt in den Faschismus führt.

Der „Freie Markt“ muss dazu ausgehebelt werden und durch aberwitzige Vorgaben der Politik ersetzt werden.

Der Paradigmenwechsel durch den „Great Reset“ oder „Green Deal“ besteht also darin, dass die Interessen internationaler Kapitalsammelbecken nur noch durch eine Art aktionärssozialistischer Planwirtschaft erfüllt werden können. Der „Great Reset“ soll nach Schwab eine Mischung aus Kapitalismus und Sozialismus werden!

Offenbar geistert in den Gehirnen der Machteliten die Idee, dass durch die Digitalisierung eine sozialistische Planwirtschaft machbar wird. Deshalb werden wir ständig mit der Propaganda von der „Künstlicher Intelligenz“ bombardiert. Dabei wird übersehen, dass ein Computer nur Abläufe abarbeiten kann, die Menschen vorgedacht haben.

Die sogenannte „Wirtschaftswissenschaft“ ist aber weit davon entfernt allgemein akzeptierte mathematische Modelle aufzustellen, die dann auch programmiert werden könnten. Alles was möglich ist, ist die Erstellung irgendwelcher pseudowissenschaftlicher „Modelle“ mit einer Unzahl von Parametern, die die Wissenschaftler aus erster Hand beziehen, weil sie sich einfach diese Parameter aus den Fingern saugen. Die Ergebnisse derartiger „Berechnungen“ werden dann bei dem nächstbesten Windhauch wieder über den Haufen geworfen. Diese Methode ist die gleiche, wie in der „Klimawissenschaft“.

Der „Green Deal“ oder „Great Reset“ läuft daher auf einen gesellschaftlichen Großversuch mit sicher katastrophalem Ergebnis hinaus.

Nach wie vor gibt es keine Alternative zum „Freien Markt“ als Regulativ, insbesondere in Hinblick auf hirnrissige Ideen von links-grünen Ideologen. Auch im „Realen Sozialismus“ wirkte der „Freie Markt“ in dem Sinn, dass der „Reale Sozialismus“ letztendlich verschwand. Dem „Green Deal“ blüht dasselbe Schicksal, wahrscheinlich sogar viel schneller, da ein europaweiter Zusammenbruch der Stromnetze durch die intermittierende Stromerzeugung durch Windräder diesem Unsinn bereits ein frühes Ende setzen könnte.

Der Neoliberalismus hat allerdings auch das Konzept des „Freien Marktes“ durch die Globalisierung in Misskredit gebracht:

Der „Freie Markt“ kann nämlich nur in einem Ordnungsrahmen funktionieren, der unter anderem durch Gesetze festgelegt ist. Die Globalisierung hat aber einen rechtsfreien Raum geschaffen, in dem der Kriminalität Tür und Tor geöffnet wurde. Zu diesem Ordnungsrahmen gehört auch die Sicherstellung eines fairen Wettbewerbs, was auf globaler Ebene ebenfalls unmöglich ist.

Ein weiteres Kuckucksei des Neoliberalismus war die [Shareholder-Value](#)-Orientierung, die alle Unternehmensziele auf Aktionärsinteressen reduzierte. Das Shareholder-Value-Paradigma kann man bereits als eine Vorstufe des Aktionärssozialismus sehen. Kursgewinne wurden wichtiger als Renditen, die langfristige Rentabilität trat gegenüber kurzfristigen finanzwirtschaftlichen Kennzahlen in den Hintergrund. Die zunehmende Spekulation führte zu Kursschwankungen, volatilen Preisen, regelmäßigen Finanzkrisen und insgesamt einem instabilen ökonomischen Umfeld. Ausschüttungen, Aktienrückkäufe und Finanzveranlagungen gewannen gegenüber physischen Investitionen an Bedeutung. Die volatilen Preise und die Shareholder Value Orientierung machten physische Kapitalinvestitionen für Unternehmen von der Angebotsseite her unattraktiver.

Somit lieferte der Neoliberalismus den Gegnern der Freiheit die Argumente, um die Grundlage jeder Freiheit zu beseitigen!

Aus: Unser Mitteleuropa. Mit vereinten Kräften für ein Europa der Vaterländer

04) Der Mehrheit der Deutschen ist die Auslöschung ihrer Identität gleichgültig
Von Werner Olles *

01. 03. 2021



Foto: Philosophia Perennis

„Mein Gott, mein Gott, mach sie doch endlich sehend, daß sie begreifen, was hier geschieht, wie hier ein Volk ausgelöscht wird mit all seinen Erinnerungen, seinen Traditionen, seiner Kultur, seiner Religion, seiner Identität und ersetzt wird durch feindliche Fremde.“

Erinnerungen an ein anderes Deutschland

Seit er seine liebsten Freunde sterben und die Häuser, Straßen und Plätze seiner geliebten Kindheit und Jugend sich mit technischem und menschlichem Unrat füllen sah, verbat er sich Ausflüge in seine Heimatstadt, die er einst so geliebt hatte, die sein zweites Zuhause gewesen war, und wo er so viel Schönes und so viele Abenteuer erlebt hatte: den ersten Kuß, die erste Liebe, wunderbare Freundschaften.

Mit dem Modernismus kam die Buntheit

Jeden Platz, jede Ecke, die die seelenlose, modernistische Architektur noch übrig gelassen hatte, verband er mit etwas Besonderem, Unvergeßlichem. Das babylonische Stimmengewirr der vielen Fremden verwirrte, ja ekelte ihn bisweilen sogar, während seine Muttersprache und der heimatliche Dialekt völlig verschwunden schienen. Als er in die große Halle des Hauptbahnhofs trat, und die Reisenden an ihm vorbei hasteten, fiel es ihm plötzlich wie Schuppen aus den Augen.

Sie alle spürten diese grauenvollen Veränderungen nicht, die ihn niederdrückten, es interessierte sie einfach nicht! Mein Gott, mein Gott, mach' sie doch endlich sehend, daß sie begreifen, was hier geschieht, wie hier ein Volk ausgelöscht wird mit all seinen Erinnerungen, seinen Traditionen, seiner Kultur, seiner Religion, seiner Identität und ersetzt wird durch feindliche Fremde.

Diaspora in der eigenen Heimat

Er wollte schreien, aber seine Stimme versagte, es hörte ihm ja ohnehin niemand zu. Laß´ es nicht zu, mein Gott, das ist das Werk Satans, schoß es ihm durch den Kopf. Die Menschen, seine eigenen Landsleute, eilten an ihm vorbei, ohne ihn zu beachten.

Waren sie denn mit Blindheit geschlagen? Verstanden sie denn nicht, was da mit rücksichtsloser Macht aus den Steppen und Slums Asiens und Afrikas in das Land drängte, das einmal sein Vaterland war; die Heimat seiner Vorväter und Ahnen, die jetzt von den Fremden frech in Anspruch genommen und verunstaltet wurde. Dann endlich begriff er: Dies war das Werk des Fürsten der Welt, des Fürsten der Dunkelheit.

Mutlosigkeit trotz kleiner Hoffnungszeichen

Er war mutlos geworden. Es war doch alles sinnlos, dieses Volk, das seine eigenen Kinder eiskalt tötete, wollte sterben, jeder Widerstand war vergebens. Er nahm die kleine Gruppe junger Männer und Frauen nicht mehr wahr, die mit Fahnen und Transparenten die Bahnhofshalle betraten. Er hörte ihre Sprechchöre nicht mehr, mit denen sie die nationale Solidarität und Identität hochleben ließen, Heimat, Freiheit und Tradition feierten. Als ihre Rufe ihn schließlich doch erreichten, liefen Tränen über seine Wangen.

Dann sah er, wie Bundespolizisten die jungen Leute mit ihren Fahnen und Transparenten abführten, weil sie die Reisenden störten und „fremdenfeindliche“ Parolen gerufen hatten. Lange sah er ihnen nach, und seine Gedanken waren bei diesen Jungen, die sich der dämonischen Macht nicht beugen wollten. Er trat aus der Halle des Bahnhofs, um zu sehen, wie sie abtransportiert wurden. Dann fiel warmer Regen.

*Dieser Artikel erschien zuerst (51. Jahrgang, Nr. 1, Februar 2021) in der von Dr. Eberhard Heller herausgegebenen Zeitschrift **Einsicht – credo ut intelligam**. Wir übernehmen diesen Beitrag von [PHILOSOPHIA PERENNIS](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.*

**) Der Autor Werner Olles (Jahrgang 1942) ist Bibliothekar im Ruhestand und freier Publizist. Er hat eine facettenreiche Vita. Zunächst war er in der westdeutschen Studentenbewegung der 1960er Jahre aktiv, so u.a. im Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS), später sogar Mitglied linksradikaler Gruppierungen wie dem „Rothen Panter“. Er vollzog dann bis in die 1990er Jahren einen politischen Wandel. Unter anderem schrieb er für die *Junge Freiheit*, *Der Eckart*, *Criticón*, *Sezession* und *eigentümlich frei*.*

Aus: Unser Mitteleuropa. Mit vereinten Kräften für ein Europa der Vaterländer



Deutsch-Polnische Gesellschaft Berlin e. V.
Schillerstr. 59
10627 Berlin
Tel: +49 (0)30 713 89 213
Fax: +49 (0)30 713 89 201
E-Mail: info@dpgberlin.de

05) Deutsch-Polnische Gesellschaft Berlin: Unser Vorschlag eines Gedenkortes für die polnischen Opfer des Zweiten Weltkriegs in Berlin-Mitte

Unser Vorschlag eines Gedenkorts für die polnischen Opfer des 2. Weltkriegs in Berlin-Mitte

Die Deutsch-Polnische Gesellschaft Berlin schlägt den „Geschichtspark Ehemaliges Zellengefängnis Moabit“ an der Invalidenstr. (gegenüber dem Berliner Hauptbahnhof) als Ort des Erinnerens für die polnischen Opfer des Zweiten Weltkriegs vor.



Luftbild „Geschichtspark Altes Zellengefängnis Moabit“ (ggü. dem Berliner Hauptbahnhof)
© euroluftbild.de/Robert Grahn

Liebe Mitglieder der Deutsch-Polnischen Gesellschaft,
langjährige Freund(e)- und Förderer der deutsch-polnischen Verständigung,
sowie der große Freundeskreis der deutsch-polnischen Community in Berlin und Deutschland und
die bei uns lebenden polnischen Bürger/-innen!

Wir haben ein **Flugblatt** veröffentlicht, in dem wir einen konkreten Standort für den vom Bundestag
Ende Oktober 2020 beschlossenen **Ort der Erinnerung und Begegnung** vorschlagen, der dem
Charakter der deutsch-polnischen Geschichte gerecht wird und zur Vertiefung der bilateralen
Beziehungen beitragen soll.

- [Wohin mit dem Gedenkort für die polnischen Opfer des 2. Weltkrieges? \(PDF, 2 MB\)](#)

[s. unten Anhang 1]



Karol Libelt (mi.) und Ludwik Mierosławski (links) auf einer Barrikade in Berlin 1848 – Gemälde von
Tadeusz Walkowski (1932), Muzeum Narodowe w Poznaniu

Ferner findet ihr die **Rede von Prof. Dr. Igor Kałkolewski** von der Polnischen Akademie
der Wissenschaften (Berlin-Pankow), die er anlässlich einer Gedenkveranstaltung am 18.
März 2021 vor dem Brandenburger Tor hielt. Am 20. März des Jahres 1848 zogen die
Revolutionäre mit den aus dem Zellengefängnis Moabit befreiten Polen durch Berlin vor das
Stadtschloß. Prof. Kałkolewski erinnert an dieses Datum der Nachbarschaftsgeschichte und
schlägt den Bogen zu dem vom Bundestag beschlossenen Gedenkort.

- [Die Aktion 18. März \(PDF, 449,8 KB\)](#)

[siehe unten Anhang 2]

Wir würden uns freuen, wenn Sie zu dem Vorschlag spontan Stellung nehmen würden, um
uns bei der Aufarbeitung an dem Ort des Gedenkens für die polnischen Opfer des 2.
Weltkrieges und der Leidensgeschichte des polnischen Volkes in früheren Jahrhundert zu
unterstützen.

Christian Schröter, Vorsitzender
Dr. Wolfram Meyer zu Uptrup, Stellv. Vorsitzender

Alle Informationen auch auf unserer Website:

<https://www.dpgberlin.de/de/2021/polendenkmal-18-maerz-1848/>

Anhang 1

Wohin mit dem Gedenkort für die polnischen Opfer des 2. Weltkrieges?



Die Deutsch-Polnische Gesellschaft Berlin schlägt den „Geschichtspark Ehemaliges Zellengefängnis Moabit“ an der Lehrter Straße (gegenüber dem Berliner Hauptbahnhof) als Ort des Erinnerens für die polnischen Opfer des Zweiten Weltkriegs vor.



Luftbild „Geschichtspark Altes Zellengefängnis Moabit“ (ggü. Berliner Hauptbahnhof)
© euroluftbild.de/Robert Grahn

Nach einer jahrelang kontrovers geführten gesellschaftlichen Debatte hat der Deutsche Bundestag am 30. Oktober 2020 einen Beschluss gefasst, einen Ort der Erinnerung und Begegnung zu schaffen, der dem Charakter der deutsch-polnischen Geschichte gerecht wird und zur Vertiefung der bilateralen Beziehungen beiträgt. Damit kam der Bundestag einer Anregung des damaligen Staatsministers und Deutschland-Bbeauftragten der polnischen Regierung, Władysław Bartoszewski, nach, der sich schon 2013 für einen Gedenkort für die polnischen Opfer ausgesprochen hatte.

Der Bundestag forderte die Bundesregierung nun auf, „... an prominenter Stelle in Berlin einen Ort zu schaffen, der im Kontext des besonderen deutsch-polnischen Verhältnisses den polnischen Opfern des

Zweiten Weltkrieges und der nationalsozialistischen Besatzung Polens gewidmet ist und ein Ort der Begegnung und Auseinandersetzung mit der Geschichte ist. Er soll Deutsche und Polen zusammenbringen und damit zur Vertiefung unserer Beziehungen, zur Verständigung und Freundschaft sowie zum Abbau von Vorurteilen beitragen. ...“ Mit diesem Beschluss geht der Bundestag über die ursprüngliche Forderung nach einem Denkmal weit hinaus und fordert einen Ort, an dem auch Informationen vermittelt und Begegnungen ermöglicht werden und das mit dem Ziel, zur Verständigung beizutragen. Ähnlich hatten es auch die im Bundesverband zusammengeschlossenen Deutsch-Polnischen Gesellschaften, die rund 3.000 in deutsch-polnischen Dingen aktive Menschen vertreten, im November

2019 bereits gefordert. Wer nun versucht, sich die Realisierung dieses Beschlusses konkret vorzustellen, kommt schnell zu dem Eindruck, dass dieser Ort des Gedenkens einen richtigen Platz in der Stadt sucht.

Nun wäre es sicher recht aussagekräftig, den Gedenkort als Kontrapunkt zum Vertreibungsprojekt am Askanischen Platz zu setzen, doch auf der Mittelinsel ist gerade mal Platz für einen Gedenkstein und hinter der vis-à-vis gelegenen Fassade des Anhalter Bahnhofes soll das Exilmuseum entstehen. Hier, in räumlicher Dichte und thematischer Konkurrenz, scheint es also nicht aussichtsreich, einen Gedenkort für die polnischen Opfer aufzubauen.

Bei weiterer Umschau bietet sich der Geschichtspark auf dem Gelände des ehemaligen Zellengefängnis in Berlin-Moabit unmittelbar am Berliner Hauptbahnhof an. Vom Königreich Preußen von 1842 bis 1849 als eines der modernsten Gefängnisse erbaut (statt Gemeinschaftszellen gab es 540 Einzelzellen nach dem Konzept „Läuterung durch Isolation“), war dessen Kirche im Jahr 1847 infolge des Aufstandes in der Provinz Posen Schauplatz des „Polenprozesses“, der öffentlich gegen 254 Polen wegen Hochver-

rats (was hier die Wiederherstellung Polens in den Grenzen vor den Teilungen meinte) geführt wurde. Im März 1848 wurden die verurteilten Aufständischen auf Druck der demonstrierenden Bevölkerung begnadigt und freigelassen.

Gemeinsam mit begeisterten Berlinern zogen die polnischen Aufständischen, darunter Ludwik Mierosławski (ein Revolutionär, der 1849 die badische Revolutionsarmee befehligte) und Karol Libelt (ein Wissenschaftler, der sich zeitlebens am polnischen Widerstand beteiligte), in einem Triumphzug vor das Stadtschloss.

Ludwik Mierosławski hielt dort eine Rede, die auch heute noch bemerkenswert ist, weil sie der Intention des Bundestagsbeschlusses entspricht. Mit den Worten „Eure Freiheit ist unsere Freiheit, und unsere Freiheit ist die Eure!“ beendete der polnische Revolutionär seine Ansprache vor dem Schloss. Dieser Satz sollte Ende des 20. Jahrhunderts wieder große Bedeutung in beiden Ländern gewinnen.

Der preußische König Friedrich Wilhelm IV. bestätigte notgedrungen die Freilassung und verbeugte sich vor dem Demonstrationzug aus Berliner Bürgern und den befreiten Polen.



Empfang der befreiten Polen durch die Berliner Bevölkerung vor dem Zellengefängnis in Moabit am 20. März 1848 (Holzstich aus der „Illustrierten Chronik 1848“) – Copyright: akg-images

Bettina von Arnim, eine Freundin vieler Polen, die 1849 eine Polenbroschüre unter Pseudonym veröffentlichte, sprach damals aus, was auch heute noch aktuell scheint: „Werden wir's erleben, daß Brüdernationen die Sünden einander vergeben, die ihnen eingepflichtet waren? – werden sie Festigkeit gewinnen und Vertrauen zu einander, das nicht wie leichte Spreu im Winde verfliegt?“

Das Zellengefängnis hatte bis 1945 eine Geschichte bis hin zur Inhaftierung von Beteiligten und Verdächtigten nach dem Attentat vom 20. Juli 1944. Nach 1945 nutzten die Alliierten die Haftanstalt. Ende der 1950er Jahre abgerissen, blieben lediglich Teile der Gefängnismauer und drei Beamtenwohnhäuser erhalten. Nach einer Ausschreibung wurde das Terrain in den „Geschichtspark Ehemaliges Zellengefängnis Moabit“ umgewandelt. Heute ist die Grünanlage umgeben von Neubau-Siedlungen, Handel und Gewerbe und wird durch den im Ausbau befindlichen Europaplatz zu einem zentralen Stadtviertel entwickelt.

Der Geschichtspark wäre, an prominenter Stelle in Berlin gelegen, ideal für den geplanten Gedenkort und Ort der Begegnung und Auseinandersetzung mit der Geschichte der Nachbarn Deutschland und Polen, wie es der Beschluss des Bundestages fordert. Das Gelände in öffentlichem Besitz – gut erreichbar für Besucher aus Berlin, Deutschland und Polen – ist frei von jeglicher Bebauung und würde genug Platz für den Erinnerungs- und Begegnungsort bieten. Dieser sollte künftig auch ein Netzwerk von weiteren Orten sichtbar werden lassen, die mit der deutsch-polnischen Nachbarschaftsgeschichte verbunden sind. Dazu zählen das Denkmal für die ermordeten Juden Europas und das Denkmal für die im Nationalsozialismus ermordeten Sinti und Roma, das interpretationsbedürftige „Denkmal des polnischen Soldaten und des

deutschen Antifaschisten“ im Bezirk Friedrichshain, der Britische Soldatenfriedhof an der Heerstraße, auf dem auch polnische Piloten begraben sind, und die Gedenkstätte Plötzensee. Sowie auch die Gedenkstätte Sachsenhausen und die Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück in der Nähe der Hauptstadt.

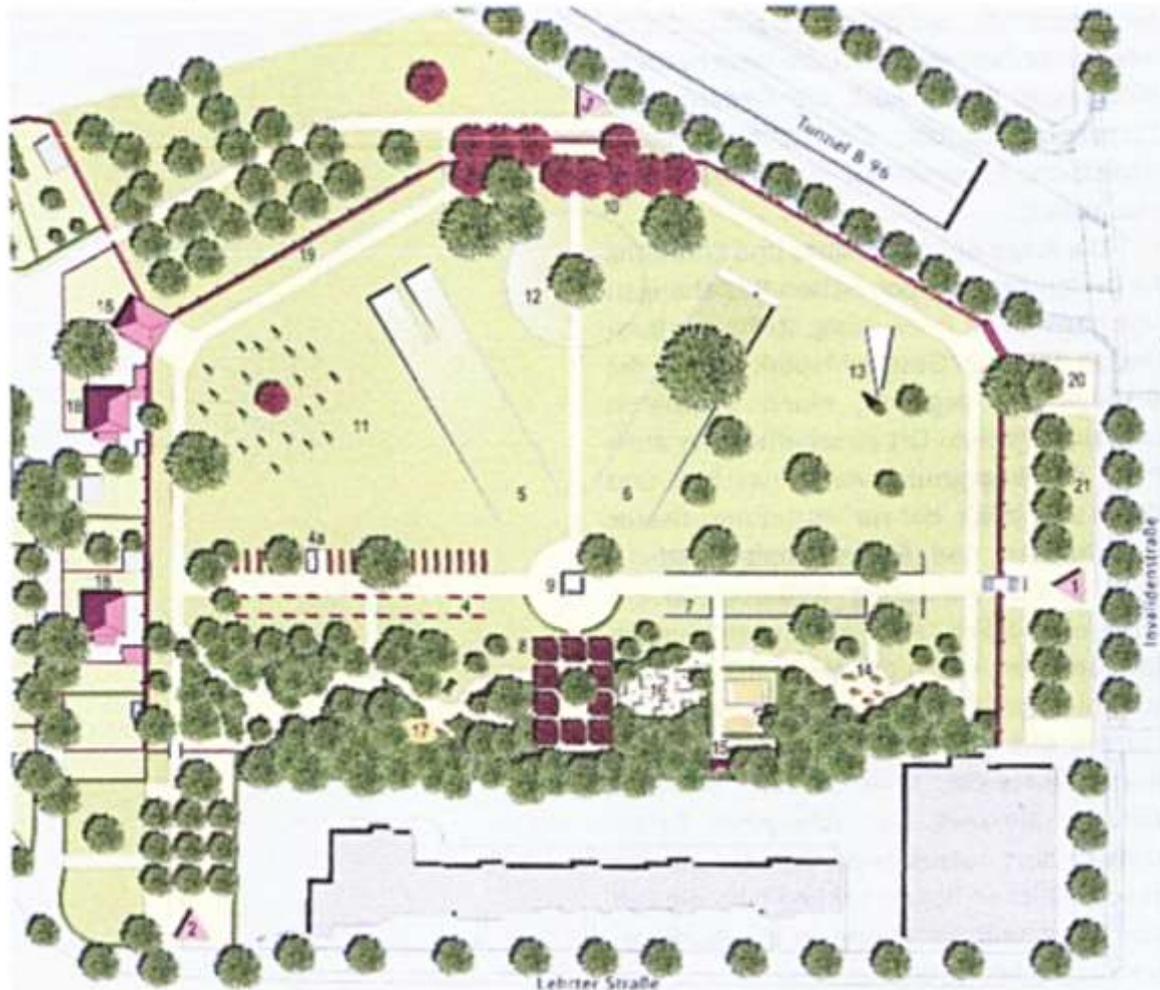
Die Frage des Gedenkens und Erinnerns ist in den deutsch-polnischen Beziehungen von besonderer Bedeutung, stellte der Bundestag fest. Im Geschichtspark wären die Bedingungen gegeben, einen sichtbaren und zugänglichen Ort zu schaffen, der auch Platz der Begegnung von Deutschen und Polen sein sollte, der zur Vertiefung unserer Beziehungen und Freundschaft beiträgt,“ wie es der Bundestag forderte. Zudem wäre es möglich, auch ein Gedenkzeichen für Personen, die in der Nachbarschaftsgeschichte von Bedeutung waren, wie z. B. Ludwik Mierosławski, Bettina von Arnim, Anna Morawska, Willy Brandt, Bolesław Kardinal Kominek und Władysław Bartoszewski dort aufzustellen. Das spannt den geschichtlichen Bogen auf und hilft, die Zeit von Krieg und Besatzung in die Nachbarschaftsgeschichte einzuordnen.

Wir wollen der Opfer gedenken, keine Frage. Doch wir wollen auch die Geschichte einer Nachbarschaft in Erinnerung rufen, vor der die Sätze von Władysław Bartoszewski im Jahre 2013 erst verständlich werden: „Ich glaube, die polnisch-deutschen Beziehungen gehören zur Welt der Wunder, positive Wunder der Europäisierung der Menschen nach 1990. Die deutsch-polnischen Beziehungen haben so große Fortschritte gemacht wie keine anderen in Europa. Wir kennen keine zwei Länder, die so weit aus der weiten Entfernung bei Überwindung der Kluft, der bestehenden psychologischen Kluft ... so weit aufeinander zugegangen sind.“

Christian Schröter
Vorsitzender
Dr. Wolfram Meyer zu Uptrup
Stellv. Vorsitzender

Deutsch-Polnische Gesellschaft Berlin e. V.
Schillerstr. 59 · 10627 Berlin
E-Mail: info@dpgberlin.de · dpgberlin.de
Telefon: + 49 (30) 432 91 92

Geschichtspark Ehemaliges Zellengefängnis Moabit



© 2007 glasser und dagenbach garten- und landschaftsarchitekten, glada-berlin.de

- | | | |
|--|---|---|
| <p>1 Eingang Invalidenstrasse, gegenüber dem Hauptbahnhof</p> <p>2 Eingang Lehrter Straße</p> <p>3 Eingang von der B96</p> <p>4 Ehemaliger Gebäudeflügel A. Die Zellen sind durch Blutbuchen-Hecken dargestellt.</p> <p>4a Rekonstruktion einer Zelle in Originalgröße als begehbare Skulptur mit Klanginstallation von Christiane Keppler</p> <p>5-7 Ehemalige Gebäudeflügel B-D, dargestellt durch abgesenkte bzw. leicht ansteigende Rasenflächen</p> <p>8 Baumpflanzung mit geschnittenen Blutbuchen, deutet das frühere Verwaltungsgebäude an.</p> <p>9 Panoptikum, zentraler Überwachungsraum, angedeutet durch eine würfelförmige Betonskulptur</p> | <p>10 Hier befand sich die „Irrenabteilung“, die ab 1944 von der Gestapo genutzt wurde.</p> <p>11 Nachbildung einer Spazierhofanlage. Betonkreise deuten die Einzelhöfe an. Säulenförmige Wacholder symbolisieren die „Hofgänger“.</p> <p>12 Kreisförmige Vertiefung im Rasen, die die gesamte Größe einer Spazierhofanlage zeigt.</p> <p>13 Darstellung eines ehemaligen Spazierhofes für den Hofgang eines Gefangenen (Originalgröße).</p> <p>14 Auf dem Gelände gefundene Materialien (Schiefer blockreste der Brunnenanlage vor dem Zoologischen Garten, Reste des roten Sandsteines der Moltkebrücke, Reste von Natursteinpflaster u.a.)</p> | <p>15 Ehemaliges Waagehäuschen</p> <p>16 Sternenlabyrinth der Bildhauer Gabriele Roßkamp und Serge Petit, aus vorhandenen Granitborden und Steinresten des Lagerplatzes</p> <p>17 Kletterwand und Sitzmauer zum Thema Schlüssel gestaltet mit Kindern und Anwohnern, Bildhauerin Bärbel Rothhaar</p> <p>18 Ehemalige Beamtenwohnhäuser</p> <p>19 Fragment des Gedichtes „In Fesseln“ von Albrecht Haushofer an der erhalten gebliebenen Gefängnismauer</p> <p>20 Reste des ehemaligen Waschhauses von 1910</p> <p>21 Weiße Maulbeerbäume in Erinnerung an die ehemaligen Moabiter Maulbeerplantagen</p> |
|--|---|---|

Anhang 2

Die Aktion 18. März

Auch der Polen-Prozess im Jahr 1848 hat einen thematischen Zusammenhang mit der Märzrevolution 1848. Die am 20. März freigesprochenen Polen und von den Berlinern aus dem Gefängnis befreiten Freischärler hatten sich den Revolutionskämpfern angeschlossen und mit auf den Barrikaden in Berlins Straßen gekämpft.



*Karol Libelt (mi.) und Ludwik Mieroslawski (links) auf einer Barrikade in Berlin 1848
Gemälde von Tadueuz Walkowski (1932), Muzeum Narodowe Poznań (Abbild. Katalog „Tür an Tür“)*

Auch dieses Jahr fand wieder am 18. März eine Kundgebung am Brandenburger Tor auf dem Platz des 18. März 1848 statt. Dabei waren **Ralf Wieland**, Präsident des Abgeordnetenhauses, die Bundestagsabgeordneten

Petra Pau (Die Linke) und **Linda Teuteberg** (FDP). Außerdem sprachen **Igor Kałkolewski** vom Zentrum für Historische Forschung und die Schülerin **Sina Cobbers**. Moderation: Volker Schröder von der Aktion 18. März.

Ansprache von Prof. Dr. Igor Kąkolewski des Zentrums für historische Forschung der Polnischen Akademie der Wissenschaften aus Anlass der „Aktion 18. März“ am 18.3.2021 vor dem Brandenburger Tor.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde!

Geschichte ohne Bezug auf die Gegenwart und Zukunft hat keine Relevanz. Geschichte ohne Hinblick darauf zu erzählen, was heutzutage passiert und morgen passieren wird, ist sinnlos. Das weiß jede(r) Historikerin und Historiker. Gestatten Sie mir die Frage: warum ist das Datum 18. März 1848 heutzutage relevant? Diese Frage wird von einem polnischen Historiker gestellt, der – sozusagen – zum „Fanverein für deutsch-polnische Beziehungsgeschichte“ gehört und deswegen immer auf der Suche danach ist, was uns als Polen und Deutsche in der Geschichte verbindet und nicht nurwas uns trennt. Die revolutionären Ereignisse in Berlin, die am 18. März 1848 begonnen und zwei Tage später zur Befreiung des polnischen Freiheitskämpfers Ludwik Mierosławski aus dem Gefängnis in Moabit geführt haben, verbanden und verbinden liberale und demokratische Kräfte in Polen und Deutschland bis heute. Genauso wie Mierosławskis Worte, die er am 20. März an die Berliner Freiheitskämpfer, unter denen die deutschen „Polenfreunde“ zahlreich

vertreten waren, richtete: „Eure Freiheit ist unsere Freiheit, und unsere Freiheit ist die Eure! Herr sein oder Sklave sein, eins wie das andere läuft gegen die heiligen Gesetze der Natur. Nur freie Menschen, nur freie Völker können sich achten. [...] O nehmet uns auf, ihr Völker des Westens in euren Bund, dessen Kreis sich von Stunde zu Stunde mit Riesenschritten erweitert!“

Nun kommt mein persönlicher Bezug zur deutsch-polnischen Gegenwart und Zukunft. Als Pole bin ich allen heutigen deutschen Polenfreunden, die für das Projekt Polen-denkmall oder „Ort des Erinnerns und der Begegnung mit Polen“ in Berlin plädieren, von tiefstem Herzen dankbar! Als polnischer Historiker und Mitglied des „Fanvereins für deutsch-polnische Beziehungsgeschichte“ würde ich gerne die Lokalisierung des Ortes des Erinnerns und der Begegnung mit Polen in der Nähe von dem Ort sehen, wo Mierosławski aus dem Moabiter Gefängnis befreit wurde und seine wichtigen Worte gesagt hatte.

Zugleich würde ich allerdings auch dafür plädieren, dass dieses Projekt nicht nur polnischen Opfern des 2. Weltkrieges gewidmet wird, sondern auch zahlreiche po-

sitive Kapitel der langen polnisch-deutschen Beziehungsgeschichte beleuchtet.

Meine Damen und Herren! Die Idee der europäischen Integration steckt momentan in einer tiefen Krise. Die Hintergründe dafür kennen wir gut. Zugleich gibt es erfolgreiche Projekte in der Geschichtspolitik in unseren beiden Ländern, die erst nach der Wende 1989, als Folge der „Riesenschritte“ der EU Integration zustande gekommen sind, wie das Deutsche Historische Museum in Berlin. In Warschau wird das Museum für Polnische Geschichte im nächsten Jahr eröffnet, dessen Dauerausstellung der „Geschichte der Freiheit“, so seine Gründer, gewidmet wird. Dies sind zweifelsohne die wichtigen musealen und nationalidentitätsstiftenden Projekte. Aber ist gerade nicht vielmehr die Zeit gekommen, dass wir nicht nur in Kategorien der nationalen Geschichte denken, sondern auch auf die transnationale, europäische Geschichte schauen sollten? Das

Projekt des gemeinsamen deutsch-polnischen Geschichtsschulbuchs „Europa. Unsere Geschichte“ haben wir im letzten Jahr erfolgreich abgeschlossen. Das binationale Museum für Geschichte der langwierigen deutsch-polnischen Beziehungen, mit allen Tief- aber auch Höhepunkten, könnte ein neuer und wichtiger Baustein, oder, um Mierosławskis Wortschatz zu benutzen, – „und ein „Riesenschritt“ – zu dem von Gespenstern der Vergangenheit befreiten Europa sein. Insbesondere dies war der Traum der Freiheitskämpfer während des Völkerfrühlings 1848. Und das ist auch der vielleicht wichtigste Bezug für uns sowie das Erbe der ereignisvollen Geschichte vom 18. März.

Damals, genauso wie heute, liebe Freunde, handelte es sich um die Umsetzung eines Projektes, das uns allen am Herzen liegt und das heißt: unser gemeinsames multikulturelles Europa der freien und gleichen Völker.

Die Aktion 18. März ist eine Bürgerinitiative, die 1978 unter der Schirmherrschaft des ehemaligen Regierenden Bürgermeisters von Berlin-West, Heinrich Albertz und der Schriftstellerin Ingeborg Drewitz gegründet wurde. Sie schlugen vor, den 18. März in Erinnerung an die Märzrevolution von 1848 in beiden deutschen Staaten zum gemeinsamen Feiertag zu erklären. Mit einem Plakat und einer Zeitungsanzeige trat die Aktion an die Öffentlichkeit. Vergeblich. Stattdessen wurde der blutleere 3. Oktober Nationalfeiertag. Jetzt kommt es darauf an, den 18. März wenigstens zum Nationalen Gedenktag zu erstreiten.